

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umwelt- und Agrarausschuss**

18. WP - 69. Sitzung

am Donnerstag, dem 1. Februar 2017, 14 Uhr  
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

**Anwesende Abgeordnete**

Hauke Göttsch (CDU)

Vorsitzender

Heiner Rickers (CDU)

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD)

Thomas Hölck (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oliver Kumbartzky (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

**Weitere Abgeordnete**

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uli König (PIRATEN)

**Fehlende Abgeordnete**

Klaus Jensen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zum Partikelausstoß des Heizkraftwerkes Wedel</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Hölck (SPD) <a href="#">Umdruck 18/6797</a>	
hier: Gespräch mit Vertretern von Vattenfall Dr. Martin Erker, Leiter der Kraftwerksgruppe Hamburg Christian Seyfert, Regional Public Affairs	
<b>2. Entwurf eines Gesetzes zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein</b>	<b>7</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/4388</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/7266</a>	
<b>3. Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der Vogelgrippe und Maßnahmen der Eindämmung in Schleswig-Holstein</b>	<b>8</b>
Antrag des Abg. Kumbartzky (FDP) <a href="#">Umdruck 18/7308</a>	
<b>4. E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/4261</a>	
<b>Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/4311</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Umdruck 18/7269</a>	
<b>5. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Der Vorsitzende, Abg. Göttisch, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden einvernehmlich auf Antrag des Abg. Hoelck folgende Punkte von der Tagesordnung abgesetzt:

- **Einführung einer bedarfsgerechten Befeuerung von Windkraftanlagen**  
Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/3411](#)  
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Umdruck 18/5114](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des Nationalparks Wattenmeer vor Ölbohrungen**  
Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/4809](#)  
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Umdruck 18/7313](#)

Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung zum Partikelausstoß des Heizkraftwerkes Wedel**

Antrag des Abg. Hölck (SPD)

[Umdruck 18/6797](#)

hier: Gespräch mit Vertretern von Vattenfall  
Dr. Martin Erker, Leiter der Kraftwerksgruppe Hamburg  
Christian Seyfert, Regional Public Affairs

Herr Seyfert begrüßt die Möglichkeit, im Rahmen dieser Ausschusssitzung in ein Gespräch und einen Dialog einzutreten. Sodann schildert er ausführlich die Historie des Heizkraftwerkes Wedel.

Herr Erker geht intensiv auf die bereits durchgeführten und geplanten technischen Maßnahmen zur Verringerung des Partikelausstoßes beim Heizkraftwerk Wedel ein. Er legt dar, dass das Abreinigungsgut im Schornstein nicht, wie vorgesehen gewesen sei, komplett heruntergefallen, sondern hängengeblieben und nach Wiederanfahren ausgetrieben worden sei. Er führt ferner aus, dass die Verbesserung der Rauchgasfilteranlage dazu geführt habe, dass es mehr säurehaltige Kondensate gebe. Um diese Wirkungsmechanismen zu beseitigen, seien verschiedene Maßnahmen geplant, so beispielsweise die Auskleidung eines großen Teils des Schornsteins und den Einbau eines Filters, um die Säure, die sich als Kondensat bilde, zu

neutralisieren. Geplant sei ferner, im März weitere Maßnahmen gegen die Klümpchenbildung im Zusammenhang mit Erosolen und Reststaub zu ergreifen. Hier werde es im Laufe der Betriebserfahrung zu Optimierungen kommen.

Mit diesen Maßnahmen sei er guter Dinge, einen wesentlichen Beitrag leisten zu können, den Partikelausstoß so zu verringern, dass er nicht mehr belästigend wirke.

Auf die Frage des Abg. Hölck, ob es möglich sei, den Ausstoß auf null zu reduzieren, erwidert Herr Dr. Erker, dass dies nur dann möglich sei, wenn die Rauchgasanlage völlig anders gebaut würde.

Auf die Frage des Abg. Hölck, aus welchem Grund der Schornstein nicht vollständig ausgekleidet werde, legt Herr Dr. Erker dar, dass dies aus Arbeitsschutz- und Zeitgründen - um nicht in eine Unterversorgung Hamburgs hineinzukommen -, nicht möglich sei.

Abg. Redmann erkundigt sich danach, ob es an anderen Standorten ähnliche Probleme gebe. - Herr Dr. Erker berichtet von einigen Heizkraftwerken anderer Betreiber, die ähnliche Probleme, aber nicht immer deckungsgleiche Wirkungsmechanismen hätten. Das Heizkraftwerk Wedel stehe mit diesen in Verbindung, um Erfahrungen auszutauschen.

Auf Frage des Abg. Kumbartzky antwortet Herr Dr. Erker, bis zum jetzigen Zeitpunkt seien, um den Partikelausstoß zu minimieren, etwa 2 Millionen €ausgegeben worden.

Er legt ferner auf Frage des Abg. Rickers dar, er gehe davon aus, dass das Problem gelöst sei, wenn alle Maßnahmen durchgeführt seien.

Eine Nachfrage des Vorsitzenden beantwortet Herr Dr. Erker dahin, dass die Maßnahmen voraussichtlich bis Ende August 2017 abgeschlossen würden.

Für Partikelausstoß - so Herr Dr. Erker auf weitere Fragen des Abg. Hoelck - gebe es keine Grenzwerte; er sei allerdings grundsätzlich zu vermeiden. Daran werde gearbeitet. Seine Äußerung in den vdi nachrichten sei so zu verstehen, dass die zu ergreifenden Maßnahmen während des Betriebes optimiert werden müssten.

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, weist auf die übereinstimmend getroffene Vereinbarung hin, wonach alle Akteure - Bürgerinitiative, Fraktionen und Bürgermeister - in eine Informationskette eingebunden seien. Es stehe das Angebot im Raum, gegebenenfalls ein gemeinsames Gutachten in Auftrag zu geben. Die-

ser Wunsch sei über den Bürgermeister der Stadt Wedel - unter Einbezug der Fraktionen und der Bürgerinitiative - an ihn heranzutragen.

Die Frage der Abg. Redmann hinsichtlich der Begleitung der Maßnahmen durch das Land beantwortet Minister Dr. Habeck dahin, dass das LLUR als Genehmigungsbehörde überprüfe, ob die Maßnahmen umgesetzt würden, im Zweifel die Messwerte prüfe und gegebenenfalls Auflagen erteile.

Im Folgenden diskutiert der Ausschuss noch über die Einbindung des Ministeriums im Rahmen einer möglichen Erteilung eines weiteren, gemeinsamen Gutachtens. In diesem Zusammenhang weist Minister Dr. Habeck mehrfach darauf hin, dass kurz vor Weihnachten 2016 ein Fachgespräch mit dem bereits geschilderten Ergebnis stattgefunden habe. Sobald die Stadt Wedel Erklärungsbedarf sehe, sei das Land auf dem Weg über den Bürgermeister bereit, daran mitzuwirken.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Energiewende und zum Klimaschutz in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/4388](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7266](#)

(überwiesen am 21. Juli 2016)

hierzu: [Umdrucke 18/6629, 18/6648, 18/6654, 18/6752, 18/6779, 18/6785, 18/6801 \(neu\), 18/6802, 18/6803, 18/6815, 18/6819, 18/6820, 18/6821, 18/6822, 18/6829, 18/6830, 18/6831, 18/6832, 18/6833, 18/6834, 18/6843, 18/6844 \(neu\), 18/6845, 18/6846, 18/6847, 18/6852, 18/6857 \(neu\), 18/6874, 18/6884, 18/6896, 18/6949, 18/7005, 18/7038, 18/7266](#)

Der Ausschuss nimmt den Änderungsantrag der Koalition, [Umdruck 18/7266](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN an.

Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN, den Gesetzentwurf in der geänderten Fassung anzunehmen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der Vogelgrippe und Maßnahmen der Eindämmung in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Kumbartzky (FDP)

[Umdruck 18/7308](#)

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, berichtet, dass es nach wie vor ein virulentes Wildvogelgeschehen gebe. Inzwischen seien Wildtiere aus sehr vielen Gattungen - 43 Vogelarten - mit dem Virus gefunden worden, so dass davon auszugehen sei, dass das Virus trotz geringerer Fundzahlen weiterhin in Schleswig-Holstein aktiv sei. Dazu passe, dass in der Nähe der Anlagen, in der die letzten Ausbrüche stattgefunden hätten, tote infizierte Vögel gefunden worden seien. Dass in Schleswig-Holstein relativ wenige Betriebe betroffen gewesen seien, lasse seiner Auffassung nach nicht den Rückschluss zu, die Maßnahmen zu lockern. Er halte die Aussage für sinnvoller, dass die Maßnahmen in Schleswig-Holstein Wirkung entfalteteten.

Er erinnert sodann an den Brief dreier norddeutscher Bundesländer an den Bundeslandwirtschaftsminister im Zusammenhang mit möglichen Lockerungen von Bestimmungen im Rahmen der Freilandhaltung. Dieser Brief sei offiziell noch nicht beantwortet worden. Allerdings ließen Telefonate auf Leitungsebene sowie Korrespondenz auf Fachebene erkennen, dass das Ansinnen abschlägig beschieden werde. Vor diesem Hintergrund sähen die Unterzeichnerländer keine Möglichkeit, weiterhin Freilandeier zu vermarkten.

Es handele sich in Schleswig-Holstein um 57 Betriebe, die insgesamt 14 % der Eier in Schleswig-Holstein produzierten.

Bei der Suche nach einem Weg für eine finanzielle Entschädigung sei man auf die De-minimis-Regel verfallen. Er hoffe, den Betrieben so helfen zu können. Er führe derzeit Gespräche mit den Geflügelwirtschaftsverbänden, um noch verschiedene Fragen zu klären.

Inbesondere aus dem Bereich des Tierschutzes und der Kleinstgeflügelhalter werde zunehmende Besorgnis geäußert. Vor diesem Hintergrund weise er darauf hin, dass, würden die Tiere frei herumlaufen und sich infizieren, nicht nur der Bestand getötet, sondern auch ein Sperrbezirk eingerichtet werden müsse.

In diesem Zusammenhang geht er auf einige - auch von seriösen Zeitungen - verbreitete Berichte ein. So sei nicht wahr, dass Hühnerkot aus den Niederlanden nach wie vor nach Schleswig-Holstein gebracht werde. Es entspreche auch nicht den Tatsachen, dass Küken aus Korea nach Schleswig-Holstein eingeführt würden.

Er bleibe bei seiner Grundhaltung, dass Vorsicht besser als Nachsicht sei.

Im Übrigen würden auch die Lieferwege der konventionellen Tierhaltung regelmäßig überprüft. Untersucht würden auch mögliche Eintragswege über die Tierhaltung an sich. Der Verdacht liege nahe, dass der Eintrag von außen erfolge. Deshalb gelte das Aufstellungsgebot fort.

Minister Dr. Habeck sagt auf Bitte der Abg. Beer zu, die Ausschussmitglieder umgehend zu informieren, sofern neue Erkenntnisse vorliegen.

Er sagt ferner zu, bei den Kreisen nachzufragen, wie viele Ausnahmen von der Aufstellungspflicht bei den Kreisveterinärämtern beantragt und von diesen bewilligt worden seien.

Auf Fragen des Abg. Kumbartzky zur Umsetzung der Geflügelpestverordnung legt Frau Dr. Wallner, Leiterin des Referats Veterinärwesen im MELUR, dar, in der Verordnung sei nicht spezifiziert, ob die Untersuchung an toten oder lebenden Vögeln durchgeführt werden solle. Weiterhin würden Untersuchungen von toten Vögeln durchgeführt. Von einem Abschuss von Wildvögeln sei abgesehen worden, um die Tiere nicht aufzuscheuchen. Im Übrigen gebe es hinsichtlich der Wildvögel ein intensives Monitoring. Vor diesem Hintergrund sei darauf verzichtet worden, gesunde Tiere zu untersuchen. Sie weist ferner darauf hin, dass die Verordnung aus einer Zeit stamme, in der weniger Wildvögel erkrankt seien.

Auf eine Nachfrage der Abg. Redmann verweist Minister Dr. Habeck auf die Risikoeinschätzung des Friedrich-Löffler-Instituts. Also gebe es beispielsweise in einigen Gebieten der Bundesrepublik nach wie vor Ausbrüche in Verbänden, die nachgewiesen seien, aber Fehlermeldungen bei den Wildvögeln. In Schleswig-Holstein sei das Zahlenverhältnis umgekehrt. Er entnehme daraus, dass das Monitoring in den Bundesländern unterschiedlich betrieben werde.

Abg. Rickers bedankt sich für die professionelle, an der Wissenschaft ausgerichtete Vorgehensweise. Er erkundigt sich danach, ob ein Eintrag auch über Schadnager möglich sei und stellt Fragen hinsichtlich der Entschädigung und der Entschädigungssumme.

Minister Dr. Habeck legt dar, es gibt zwei Arten von Entschädigungen. Die erste sei die bereits erwähnte Entschädigung für die Nicht-mehr-Vermarktung von Freilandeiern im Rahmen der De-minimis-Regelung. Diese sei auf 15.000 € beschränkt. Eine entsprechende Richtlinie werde derzeit erstellt. Die zweite Entschädigungsmöglichkeit sei die nach dem Tierseuchenfonds bei der Keulung von Beständen. Für beide Entschädigungsarten seien im Rahmen eines Nachtrags weitere Gelder beantragt.

Frau Dr. Wallner legt dar, es sei durchaus möglich, dass der Virus über passive Verschleppung - auch über Nager - eingetragen werden könne. Es gebe aber auch Hinweise, dass ein Weitertragen durch falsches Management möglich sei. Auch dies werde untersucht.

Auf eine Nachfrage der Abg. Redmann legt Frau Dr. Wallner dar, dass es bisher keine Hinweise darauf gebe, dass Säugetiere an den Viren erkrankten. Allerdings sei die Widerstandsfähigkeit des Virus sehr hoch, und er überlege sehr lange. - Minister Dr. Habeck ergänzt, dass derzeit kein Fall bekannt sei, in dem ein Mensch erkrankt sei.

Im Rahmen einer kurzen Diskussion über die Aufstallungspflicht bestätigt Frau Dr. Wallner, dass die Aufstallung zusammen mit den anderen getroffenen Maßnahmen vor einer Infektion schütze.

Abg. Eickhoff-Weber bedankt sich abschließend für die im Ministerium in diesem Zusammenhang geleistete Arbeit.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/4261](#)

### **Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität**

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/4311](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdruck 18/7269](#)

(überwiesen am 22. Juli 2016 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/6649, 18/6693, 18/6717, 18/6728, 18/6729, 18/6748, 18/6749, 18/6750, 18/6751, 18/6780, 18/6789, 18/6791, 18/6800, 18/6813, 18/7267, 18/7269](#)

Aufgrund einer Anmerkung des Abg. Matthiessen diskutiert der Ausschuss kurz über die Herstellungskosten von Elektromobilautos.

Abg. König legt dar, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag der Koalition nicht zustimmen könne.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der PIRATEN, den Antrag der Fraktion der CDU, E-Mobilität - Konzept als Grundlage von Wirtschaftsförderung und Standortmarketing, [Drucksache 18/4261](#), abzulehnen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung der FDP, den Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN, Echte Technologieförderung statt Symbolpolitik bei E-Mobilität, [Drucksache 18/4311](#), abzulehnen.

Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung von CDU, FDP und PIRATEN, den aus [Umdruck 18/7269](#) ersichtlichen Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

#### **a) Einladung zu einer Arbeitstagung bei der Rinderzucht Schleswig-Holstein**

Der Ausschuss kommt überein, die Einladung in der Form anzunehmen, dass eine Delegation des Ausschusses an einem Besichtigungs- und Diskussionstermin teilnimmt.

#### **b) Verbindungsreferent**

Herr Dr. Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, stellt dem Ausschuss den neuen Verbindungsreferenten im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Sönke Wendland, vor.

Der Vorsitzende, Abg. Göttsch, schließt die Sitzung um 15:40 Uhr.

gez. Hauke Göttsch  
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin